

Resolution des Europaparlaments mit Forderungen zum Handel mit Russland und Weißrussland

Am 1. März 2022 hat das Europaparlament mit sehr großer Mehrheit eine Resolution zur Situation in der Ukraine verabschiedet (Zustimmungen: 637, Ablehnungen: 13, Enthaltungen: 26). Diese beinhaltet viele unternehmensrelevante Forderungen zum Handel mit Russland und Weißrussland.

Unternehmensrelevant sind insbesondere folgende Forderungen:

- Weitergehende Sanktionen samt größerem Anwendungsbereich für Russland sowie Belarus
- Einfuhreinschränkungen für Öl und Gas
- Investitionsverbote von EU-Unternehmen in Russland sowie Investitionsverbote für russische Unternehmen in der EU
- Ausschluss aller russischer Banken aus Swift sowie Sanktionen/Sekundärsanktionen gegen diese Banken
- Kapitalmärkte abtrennen
- Ausschluss Russlands bei öffentlicher Auftragsvergabe in der EU
- Ausfuhrverbote für Hochtechnologie nach Russland
- Aussetzung von Forschungsprogrammen und Projektfinanzierungen mit Russland
- Schließung aller Häfen, Rückkehrverbote für Schiffe mit Ziel Russland
- Keine sektoralen oder nationalen Ausnahmen von EU-Maßnahmen
- Sanktionen eng mit den USA und wichtigen Partnern abstimmen
- Verbot der Zusammenarbeit mit Russland im Nuklearbereich, insbesondere mit Rosatom und seinen Tochtergesellschaften
- Neues Sanktionstrument zur Bekämpfung von Korruption
- Goldene Visas prüfen und beenden
- Softwarelizenzen insbesondere im Bereich Kommunikations- und Satellitennavigation für Russland ungültig machen
- Unterstützung für den EU-Beitrittskandidatenstatus Ukraine und den Ausbau des EU-Ukraine Handelsabkommens zur weiteren Integration des Landes in den EU-Binnenmarkt
- Russische Botschaften und Konsulate in der EU reduzieren

[Zur Resolution gelangen Sie hier](#)